



Sükrü Senkal und Mustafa Güngör

**+++ Rechtsterrorismus entschieden bekämpfen +++**

„Die grausamen Morde durch die so genannte Zwickauer Zelle zeigen, dass wir den Rechtsradikalismus noch entschiedener bekämpfen müssen“, so der innenpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Sükrü Senkal. „Die neuesten Dokumente und bekannt gewordenen Videos zeigen, dass wir es mit einer neuen Qualität von Gewalttaten der Nazis zu tun haben. Wir fordern, dass der Verfassungsschutz einen Schwerpunkt auf Rechtsterrorismus legt. Außerdem muss schnell und lückenlos aufgeklärt werden, ob es auch Verbindungen der Zwickauer Zelle zur rechtsradikalen Szene in Bremen gegeben hat.“

„Wichtig ist auch, das Thema der rechten Gewalt in den Schulen jenseits vom Geschichtsunterricht zu behandeln und somit dem Rechtsterrorismus nachhaltig durch Aufklärung entgegenzuwirken“, so Mustafa Güngör, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion. „Die aktuellen Erkenntnisse zeigen einmal mehr: Nicht alle haben aus der Vergangenheit Deutschlands mit seiner Gewalt-herrschaft durch die Nazis gelernt.“

**+++ SPD fordert Wegfall der Visumpflicht für Familienbesuche türkischer Staatsbürger / Erleichterung von Besuchen für Gäste aus Nicht-EU-Ländern +++**

Auf ihrer Fraktionssitzung am 10. Oktober hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion einen Antrag verabschiedet, der die Besuche von Verwandten und Gästen aus Nicht-EU-Ländern erleichtern soll. Hierzu erklärt der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sükrü Senkal: „Wir feiern in diesen Tagen überall in der Bundesrepublik den 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei. Wenn ich zu diesem Ereignis jedoch Gäste aus der Türkei einladen will, werde ich mit einem derart komplizierten, bürokratischen und diskriminierenden Verfahren konfrontiert, das überhaupt nicht mehr in die Zeit passt. In diesem Zusammenhang muss man auch noch einmal darauf hinweisen, dass Deutschland mittlerweile eine negative Einwanderungsbilanz mit der Türkei hat. Das heißt, es gehen mehr gut ausgebildete türkische Migrantinnen und Migranten aus Deutschland in die Türkei zurück, als umgekehrt Türken nach Deutschland einwandern. Wir fordern deshalb den Senat dazu auf, sich im Bund für eine Neuausrichtung der Einreisepolitik stark zu machen, sodass Angehörige aus Nicht-EU-Ländern ohne Visum für Familienbesuche einreisen können. Die Visumpflicht für Familienbesuche türkischer Staatsbürger muss endlich wegfallen.“ Der Antrag sieht darüber hinaus vor, dass zusammen mit dem Bremer Rat für Integration Vorschläge erarbeitet werden, bei welchen Herkunftsländern eine Visumpflicht entbehrlich ist.



Valentina Tüchel

**+++ Integrationskonzept in Arbeit +++**

Integrationspolitik eröffnet in allen Politikfeldern Handlungsmöglichkeiten. Das ressort-übergreifende Integrationskonzept 2011-2015 des Bremer Senats wird in Bremen offen unter Beteiligung von vielen Experten, Multiplikatoren und Migrantenorganisationen diskutiert. Der Bremer Rat für Integration hat im Zusammenhang mit dieser Aufgabe auf

ehrenamtlicher Basis ein öffentliches Expertenhearing am 14. November 2011 organisiert. „Kulturelle Vielfalt ist das entscheidende Merkmal unserer Gesellschaft geworden. Wir wollen eine neue Qualität der Integrationspolitik und danken deshalb allen Beteiligten für das Engagement, die kritischen Empfehlungen und Anmerkungen bei der Gestaltung des Integrationsentwurfes 2011-2015“, so die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Valentina Tuchel.

**+++ Gute Bildung und gleiche Chancen sichern +++**

„Wir werden uns in den nächsten vier Jahren besonders auf die benachteiligten SchülerInnen und Schüler konzentrieren und alles daran setzen, dass ihre Leistungen deutlich besser werden“, so der bildungspolitische Sprecher der SPD, Mustafa Güngör. Denn der sozialen Spaltung entgegenzuwirken



Ganztagsschule „Auf den Heuen“. Foto: S. Skiba

war und ist ein wesentliches Ziel der Schulreform: frühe Sprachförderung, ein längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung in kleineren Klassen, die schrittweise Einführung der Inklusion und Ausbau der Ganztagschulen – mit diesen Maßnahmen sollen die Schulleistungen verbessert, der Schulerfolg von der sozialen Herkunft stärker entkoppelt und mehr SchülerInnen zu einem Abschluss geführt werden. „Und natürlich bleibt der Ausbau der Ganztagsschulangebote ein ganz wichtiges Ziel. Wir werden in dieser Legislaturperiode schwerpunktmäßig die Ganztagsschulangebote

im Primarbereich ausbauen und die bestehenden Ganztagsgrundschulen orientiert an Sozialindikatoren mit mehr Lehrerstunden ausstatten. Vor allem aber sollen in den verlässlichen Grundschulen Zug um Zug offene Ganztagsangebote bedarfsdeckend eingeführt werden.“



Björn Tschöpe

**+++ SPD-Fraktion will Wahlrecht ändern +++**

„55.000 Menschen in Bremen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind derzeit noch von den Wahlen und somit von zentralen demokratischen Grundrechten ausgeschlossen. Das wollen wir ändern und schlagen die Erweiterung des Wahlrechts bei Landtagswahlen für all jene vor, die die Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Mitgliedstaates besitzen. Darüber hinaus sollen alle Bremer Bürgerinnen und Bürger, die weder die deutsche Staatsangehörigkeit noch die eines anderen EU-Mitgliedstaates besitzen zu

den Beiratswahlen in der Stadtgemeinde Bremen zugelassen werden“, so der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Björn Tschöpe zu Beginn der viertägigen Klausurtagung der Fraktion Mitte November in Wilhelmshaven.

„Es ist an der Zeit, europäischen und globalen Entwicklungen Rechnung zu tragen und Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Es gibt viele Menschen, die sehr gut integriert sind, aber dennoch ihre ursprüngliche Herkunft nicht ablegen möchten und auch nicht sollen. Wir sagen, dass es sich eine Demokratie nicht leisten kann, Menschen von demokratischer Mitentscheidung auszuschließen“, ergänzt die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Valentina Tuchel. Die SPD schlägt deshalb vor, einen nichtständigen Parlamentsausschuss „Weiterentwicklung des Wahlrechts“ einzurichten. Dort sollen entsprechende gesetzliche Regelungen erarbeitet werden.

Aus den Landtagssitzungen am 09. und 10. November 2011:

**+++ Bleiberechtsregelungen für Flüchtlinge verbessern +++**

„Integration braucht ein gesichertes Aufenthaltsrecht für die Betroffenen und das Land Bremen setzt sich schon seit Jahren dafür ein. Wir wollen Kettenduldungen konsequent abbauen“, erklärte die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion Valentina Tuchel. „Die Anzahl der in Bremen lebenden geduldeten Menschen konnte im Laufe der letzten Jahre halbiert werden. Mit dem „Bremer Erlass“ haben wir das Bleiberecht für gut integrierte Jugendliche geschaffen. Das ist eine Verbesserung und bedeutet eine realistische Perspektive für viele junge Menschen mit Migrationshintergrund.“ Nach wie vor gebe es dennoch eine große Anzahl von Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus lebten. „Leider beruhen viele der aufenthaltsrechtlichen Regelungen auf Bundesgesetzen, wie der so genannten Altfallregelung. Deshalb wollen wir, dass sich Bremen auf der Innenministerkonferenz im Dezember 2011 für eine Übergangslösung für diejenigen einsetzt, die eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe haben und die Voraussetzungen für ein Bleiberecht zum 1. Januar 2012 nicht erfüllen. Außerdem soll der Senat sich für eine wirksame permanente Bleiberechtsregelung einsetzen, die beispielsweise alte Menschen oder solche mit Krankheiten einbezieht“, so Tuchel abschließend.



Sybille Böschen

**+++ Häusliche Gewalt: Alle Frauen in den Blick nehmen +++**

„Frauen und Kinder, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, steht ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk in Bremen und Bremerhaven zur Verfügung. Gleichzeitig müssen wir uns im Klaren darüber sein, dass diese Hilfe sehr vielschichtig sein muss und viel Erfahrung, Expertenwissen und Zeit erfordert“, erklärte die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Sybille Böschen. „Wir müssen uns auch die Frage stellen, ob alle Hilfe suchenden Frauen die Angebote erhalten, die sie benötigen. Die Hilfsangebote müssen zuverlässig und zeitnah zur Verfügung stehen. Sie müssen sowohl den stationären Bereich der Frauenhäuser wie den ambulanten Bereich der Beratungsinstitutionen umfassen. Frauen, die nicht oder nur wenig deutsch sprechen, brauchen ebenso eine angemessene Unterstützung wie Studentinnen oder Bezieherinnen von Arbeitslosengeld II. Daher gilt es zu prüfen, ob die Qualifikation der Beratenden ausreichend ist und die Hilfeeinrichtungen über die nötige finanzielle Ausstattung verfügen“, so Böschen weiter. Die Bürgerschaft forderte den Senat deshalb mit einem interfraktionellen Antrag von SPD, Grünen und CDU auf, einen Bericht über den Zustand der Hilfeeinrichtungen vorzulegen und den eventuellen Handlungsbedarf darzustellen.

**+++ „Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen“ +++**

Am 9. November versammelten sich die Fraktionen der Bürgerschaft wie jedes Jahr gemeinsam mit Mitgliedern der jüdischen Gemeinde und anderen Bremerinnen und Bremern am Mahnmal in der Dechanatstraße, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Björn Tschöpe, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion, erinnerte an die fünf Bürger, die in der Reichspogromnacht in Bremen ...

ermordet wurden und an die weiteren 90 Opfer. Er erklärte: „Der 9. November 1938 markierte nicht den Anfang und nicht das Ende der ungezählten antisemitischen Aktionen, die die nationalsozialistische Schreckensherrschaft so unübersehbar prägten. Er ist eine grausame Wegmarke auf dem Weg zum industriellen Massenmord, der Shoa. Mord, Gewalt, Raub, Erniedrigung, Zerstörung, die Negierung einer bestehenden Rechtsordnung, die Missachtung unveräußerlicher Menschenrechte waren und sind Mittel und Wegbegleiter der deutschen faschistischen Bewegung seit ihrer Entstehung. Deshalb eint die Bremer Demokraten die Überzeugung: Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen!“

**+++ Transparenz in unserer politischen Arbeit +++**



Haben Sie inhaltliche Anmerkungen, Ideen oder einen Gesprächswunsch, sprechen Sie mich gern an.

**Valentina Tuchel**  
*integrationspolitische Sprecherin*  
Kurt-Schumacher-Allee 1c  
28329 Bremen  
Mobil: 0176 - 283 626 31  
E-Mail: [v.tuchel@gmx.de](mailto:v.tuchel@gmx.de)